

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die SITZUNG des

GEMEINDERATES*)

GEMEINDERATSAUSSCHUSSES*)

GEMEINDEVORSTANDES*)

STADTRATES*)

am Donnerstag, 20.11.2003

~~KX~~

~~XXX~~ im Gemeindeamt Michelhausen

Beginn 19:30 Uhr

Die Einladung erfolgte am 13.11. ~~XX~~ 2003

Ende 22:45 Uhr

durch Kurrende*) — ~~Einladung~~).

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister Labg. Rudolf Friewald

1. Vizebürgermeister Rudolf Burchhart

2. Vizebürgermeister*)

die Mitglieder des Gemeinderates*)

1. gf. GR. - StR. Josef Feichtinger

2. gf. GR. - StR. Franz Figl

3. gf. GR. - StR. Alois Gehringer

4. gf. GR. - StR. Ing. Anton Heigl

5. gf. GR. - StR. Eduard Sanda

6. gf. GR. - StR. OSR Anna Maria Schmutzer

7. GR. ~~Susanne Brucha~~

8. GR. Roman Figl

9. GR. Rudolf Forstner

10. GR. Bernhard Heigl

11. GR. Walter Högl

12. GR. ~~ÖK. Rat Leopold Jäger~~

13. GR. Christian Kunesch

14. GR. Bmstr. Ing. Jörg Leitzinger

15. GR. Hermann Mayrhofer

16. GR. ~~ÖK. Rat Leopold Jäger~~

17. GR. Johann Schmutzer

18. GR. ~~Josef Steindl~~

19. GR. Martin Wagl

20. GR.

21. GR.

22. GR.

23. GR.

24. GR.

25. GR.

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

1. Veronika Hesse als Schriftführer

2.

3. Romana Nußbaumer bei Punkt 1 bis 3

4.

5. Dir. Helmut Weigert bei Punkt 1 bis 3

6.

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

1. GR. Susanne Brucha

2. ÖK. Rat Leopold Jäger

3. GR. Christa Ott

4. Josef Steindl

5.

6.

NICHT ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

1.

2.

3.

4.

Vorsitzender: ~~XXXX*)~~ Bürgermeister*)

Labg. Rudolf Friewald

~~ÖK. Rat Leopold Jäger*)~~

Die Sitzung war — ~~Nicht~~*) — öffentlich.

Die Sitzung war — ~~Nicht~~*) — beschlußfähig.

*) Nichtzutreffendes streichen!

Dringlichkeitsantrag

gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973

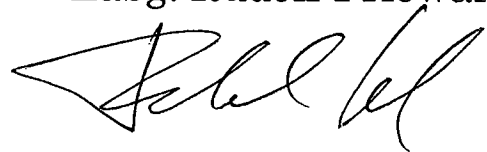
Als Bürgermeister der Marktgemeinde Michelhausen stelle ich den Antrag, die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung um 1 Punkt zu erweitern:

- 18.) Vereinbarung mit dem Kulturverein Tulln betreffend
Veranstaltungen sowie Abhaltung eines jährlichen
Bürgermeisterempfanges

Eine Begründung erfolgt mündlich.

Michelhausen, am 20.11.2003

Der Bürgermeister
Labg. Rudolf Friewald



Tagesordnung

- Punkt:** 1.) Genehmigung bzw. Abänderung der Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 22.09.2003

Der Bürgermeister berichtet, dass das Sitzungsprotokoll vom 22.09.2003 keine Einwände erhoben wurden.

Das Protokoll gilt daher als genehmigt.

Tagesordnung

Punkt: 2.) Bericht des Prüfungsausschusses

Der Bürgermeister berichtet, dass am 30.09.2003 eine Gebarungseinschau sowie am 11.11.2003 eine unvermutete Gebarungseinschau durch den Prüfungsausschuss stattgefunden hat.

Der Obmann Christian Kunesch berichtet, dass bei der Gebarungseinschau am 30.09.2003 eine Projektprüfung "Fahrradweg Michelhausen-Mitterndorf" und eine Überprüfung der Haushaltsüberwachungsliste durchgeführt, sowie bei der unvermuteten Gebarungseinschau am 11.11.2003 die gesamte Gebarung und der Kassenstand überprüft wurden.

Die Berichte des Prüfungsausschusses sind diesem Protokoll angeschlossen.

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge die Protokolle der beiden Gebarungseinschauen zur Kenntnis nehmen.

Beschluß: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

über die am 11. 11. 2003 in der Marktgemeinde Michelhausen

Gebahrungsprüfung durch den Prüfungsausschuß

Obmann des Prüfungsausschusses (Vorsitz): GR Christian Kunesch

Mitglied GR Martin Wegl

Mitglied GR Hermann Mayrhofer

Amtsleiter: Veronika Hesse

1. Istbestände

Raika Michelhausen

Raika Michelhausen

PSK

Raika Michelhausen

Auszug Nr. 203

Auszug Nr. 194

Auszug Nr. 29

11.04.2003

4

44

 Ψ

ψ

Ψ

 Ψ

207.973.14

ISTBESTAND:

Letzte Buchung:

Die Gegenüberstellung von Istbestand und Sollbestand ergibt

☒ die Übereinstimmung

☐ einen Mehrvorfund von €

Dieser Betrag wurde unter der Einnahmenpost Nr. vorläufig als Verwahrgeld verbucht.

☐ einen Fehlbetrag von €

Dieser Betrag wurde unter der Ausgabenpost Nr.
☐ vorläufig als Vorschuß zu Lasten des Kassenverwalters verbucht
☐ wurde vom Kassenverwalter der Barkasse ersetzt.

3. Rücklagen:

Vorhandene Rücklagen - Sparbücher

Institut	Sparbuch Nr.	Stand vom	Betrag	Zweck
Raika Michelhausen	30.874.796	13. 5. 2003	11.143,28	Allgemeine Rücklagen
Raika Michelhausen	30.813.075	13. 5. 2003	378.093,75	

4. Wertpapiere (Wertgegenstände):

II.

1. Kassenbelege

a) Sind alle Ausgaben vom Bürgermeister (Vizebürgermeister) schriftlich angeordnet (§ 76 NÖ GO) ?

- b) Ist beim unbaren Zahlungsverkehr eine Doppelzeichnung vorgesehen (§ 76 NÖ GO) und liegen die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Zeichnungserklärungen auf ?³

Weisen die Kassenbelege die erforderlichen Merkmale wie Haushaltsstelle, Rechnungsbetrag, Empfänger - Einzahler, Zahlungsgrund, Datum etc. auf ?

- d) Sind den Belegen die dazugehörigen Bestell-, Lieferscheine und Rechnungen angeschlossen ?

2. Buchführung

- a) Ist tagfertig gebucht - liegen Buchungsrückstände vor - ab wann ?

- b) Sind die Journale und Sachkonten seitenweise aufgerechnet ?

Sind in den Journalen, auf den Sachkonten oder auf Belegen Radierungen, Überschreibungen oder sonstige unzulässige Änderungen vorgenommen worden ?

3. Voranschlag - Rechnungsabschluß

- a) Wird der Voranschlag (Nachtragsvoranschlag) eingehalten ?

- b) Werden die außer- und überplanmäßigen Ausgaben vom Gemeinderat beschlossen (§ 76 NÖ GO) ?

- c) Erfolgt eine laufende Kreditüberwachung, welche die Einhaltung des Voranschlages erleichtert bzw. gewährleistet ?
- d) Werden beschlossene Voranschlagsprovisorien auch schriftlich ausgefertigt ?
- e) Sind für jene Ausgaben, die eines Beschlusses des Gemeinderates bedürfen (§ 35 NÖ GO), auch nachweislich Beschlüsse gefaßt worden (Protokoll) ?
- f) Sind für jene Ausgaben, die eines Beschlusses des Gemeindevorstandes bedürfen (§ 36 NÖ GO), auch nachweislich Beschlüsse gefaßt worden (Protokoll) ?
- g) Ist ein genehmigter Kassenkredit im Laufe des Haushaltsjahres überschritten oder ein nichtgenehmigter in Anspruch genommen worden ?
- h) Wie hoch waren diese Überschreitungen bzw. nicht genehmigten Inanspruchnahmen von Kassenkrediten ?
- i) Werden alle eingeräumten Darlehen auch für jene außerordentlichen Zwecke verwendet, für die sie laut Voranschlag bestimmt sind ?
- j) Werden alle gewährten Beihilfen und Zuschüsse zweckgebunden verwendet ?
- k) Werden alle Schulumlagen und Schulerhaltungsbeiträge an Schulgemeinden - sofern die Gemeinde zu solchen gehört - vierteljährliche im voraus entrichtet (§ 48 NÖ Pflichtschulgesetz) ?

l) Wird die Höhe jeder von der Gemeinde zu vergebenden Subvention durch Gemeinderatsbeschuß festgelegt (Protokoll) ?

m) Festgestellte Mängel im Rechnungsabschuß:

4. Abgaben

a) Sind für den Steuer- und Gebührenbereich der Gemeinde alle erforderlichen Verordnungen erlassen ?

b) Wurden diese der Landesregierung zur Verordnungsprüfung vorgelegt (§ 88 NÖ GO) ?

c) Werden die Steuern und Gebühren termingerecht vorgeschrieben ?

d) Werden von den Steuerpflichtigen die Abgabenerklärungen für die Selbstbemessungsabgaben (Kommunalsteuer, Getränke- und Speiseeisensteuer, Lustbarkeitsabgabe) zeitgerecht eingereicht ?

e) Sind diese Erklärungen vollständig ausgefüllt ?

f) Werden die Abgabenerklärungen sachlich und rechnerisch überprüft (Prüfungsvermerk) ?

- g) Wird dem Prinzip der Kostendeckung im Gebührenbereich Rechnung getragen (z.B. Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung) ? ⁶

5. Vermögensnachweise

- a) Wird das bewegliche Vermögen der Gemeinde laufend erfaßt (z.B. Inventar, Fahrzeuge, Geräte, Werkzeug) ?
- b) Sind die Grundvermögensnachweise vorhanden ?
- c) Wird das Vermögen vorhandener wirtschaftlicher Unternehmungen oder Stiftungen gesondert geführt ?

III.

Wird die gesamte Gebarung **sparsam - wirtschaftlich - zweckmäßig** geführt ?
Skontoabzüge wurden ausgenutzt

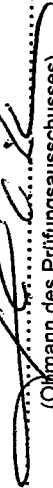
IV.

Sonstige Feststellungen des Prüfungsausschusses:

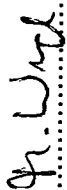
- a) Wurde der letzte Bericht des Prüfungsausschusses dem Gemeinderat vorgelegt und unter einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt ?
- b) Wurden die vom Prüfungsausschuß bei den letzten Prüfungen festgestellten Mängel behoben ?

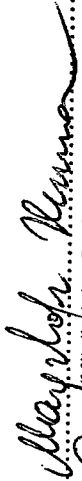
V.
Empfehlungen (Anträge) des Prüfungsausschusses:


Michelhausen am 11. 11. 2003


(Obmann des Prüfungsausschusses)

.....
(Mitglied des Prüfungsausschusses)


(Mitglied des Prüfungsausschusses)


(Mitglied des Prüfungsausschusses)


(Mitglied des Prüfungsausschusses)

Gemäß § 82 der NÖ Gemeindeordnung haben sich der Bürgermeister und der Kassenverwalter zu diesem Bericht schriftlich zu äußern.

1. Stellungnahme des Bürgermeisters:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

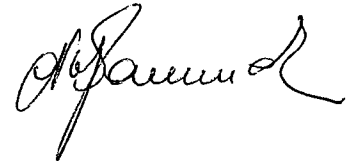
.....
(Datum)

.....
(Der Bürgermeister)

**Beiblatt zum Bericht über die Gebarungsprüfung durch den
Prüfungsausschuss vom 11.11.2003**

Hiermit bestätige ich als Kassenverwalter der Marktgemeinde Michelhausen, dass sämtliche Zahlungsmittel und Wertgegenstände welche sich in meiner Verwahrung befinden zur Prüfung vorgelegt wurden, dass sich im Kassenbestand keine fremden Gelder befinden die der Kasse nicht zugewiesen sind und dass alle vorhandenen Kassenbelege vorgelegt wurden.

Der Kassenverwalter

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Baum', is written over the printed text 'Der Kassenverwalter'.

2. Stellungnahme des Kassenverwalters:

.....

.....

.....

.....

.....

.....
(Datum)

.....
(Der Kassenverwalter)

Prüfungsausschuß – Sitzungsprotokoll

Michelhausen, am 30.09.03

Beginn um: 19⁰⁰ Uhr

Beendet um: 20²⁵ Uhr

Vorsitzender: CHRISTIAN KUNESCH

Schriftführer: ROMAN FIGL

Anwesende Mitglieder:

JOSEF STEINDL MARTIN WEGG

Nicht anwesende Mitglieder:

Entschuldigt: HERMANN MAYERHOFER

Unentschuldigt: _____

Eingeladene Auskunftspersonen:

Beschlußfähigkeit:

JA

NEIN

Tagesordnungspunkte:

- 1.) PROJEKTPRÜFUNG FAHRRADWEG MITTERNDORF-MICHELHAUSEN
- 2.) KONTROLLE DER HAUSHALTS - ÜBERWACHUNGS LISTE

Stellungnahme zu den Tagesordnungspunkten:

zu 1.) Es gibt einen Kosten voranschlag für die Einrichtung des Landes bzw. Buguterstellung von der Firma Straßberg in der Summe von 299.557,42^{inkl.} die tatsächlichen Kosten sind 45.403,63 da die Arbeiten von der Straßenmeisterei durchgeführt werden konnten.

zu 1.) von den tatsächlichen Kosten wurden in der
Vorstandssitzung vom 31.07.03 eine Rechnung von der
Firma Pötel u. Brausewetter in Betrag von 7.234,82
inkl. MWST zur Bezahlung beschlossen. Alle weiteren

Rechnungen von Firma Brucha	15.05.03	18.292,89	inkl.
und von Firma Weber	10.06.03	1.831,20	inkl.
und von Pötel u. Brausewetter	11.06.03	9.810,36	inkl.
und von Firma Mück	11.06.03	576,	inkl.
von Firma Brucha	26.05.03	466,24	inkl.

wurden zur Beschlussfassung dem Vorstand ~~30.976,69~~
30.976,69
nicht vorgelegt.

zu 2.) Voranschlag wurde niedriggehend eingehalten.

Unterschriften:

Roman Fiedl
Hirndl Josef
Gruber

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Die Kosten wurden um 250.000 €
reduziert, daher wurde vom BGM
gut und sparsam im Sinne der Gemeinde
gewirtschaftet.

Tagesordnung

Punkt: 3.) Voranschlag 2004 und mittelfristiger Finanzplan

Der Bürgermeister legt den Voranschlag für 2004 sowie den mittelfristigen Finanzplan bis 2007 vor.

Ordentlicher Haushalt	€	2.697.900,00
Außerordentlicher Haushalt	€	1.103.900,00
Gesamtsumme	€	3.801.800,00

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den Voranschlag für das Jahr 2004 sowie den mittelfristigen Finanzplan bis zum Jahr 2007 beschließen. Gleichzeitig möge der Gemeinderat die Abgabenhebesätze, die Höhe des erforderlichen Kassenkredites mit € 269.000 und den Dienstpostenplan lt. Beilage zum Voranschlag beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Gemeinde: Michelhausen

Gemeinderatssitzung vom 20.11.2003

lfd.Nr. 22

Tagesordnung

Punkt: 4.) Ansuchen um Bauzuschuss

Der Bürgermeister berichtet, dass Herr Fischelmayer Leopold, Tullnerstr.6, 3451 Michelhausen sowie die Ehegatten Kramer Helmut und Judita, 3452 Mitterndorf 11, ein Ansuchen um Bauzuschuss eingebracht haben.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge Herrn Fischelmayer Leopold sowie den Ehegatten Kramer Helmut und Judita einen Bauzuschuss von 25 % der Aufschließungsabgabe gewähren.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 5.) Ansuchen um Rückerstattung von Musikschulbeiträgen

Der Bürgermeister legt die von Zanzinger Daniel, Himmel Corina, Magenbauer Lisa, Doppler Ursula, Riesenhuber Bianca, Pichlmayr Maria-Christina und Schmid Julia eingebrachten Bestätigungen über den Schulbesuch in der Musikschule der Stadt Tulln vor.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge aufgrund der vorgelegten Bestätigungen bzw. Ansuchen für das Schuljahr 2002/03 an Schüler bis zum 15. Lebensjahr einen Betrag von € 73,00 pro Schüler refundieren.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen
Ab dem Schuljahr 2003/2004 werden keine Musikschulbeiträge mehr rückerstattet, da die Gemeinde Mitglied bei der Musikschule Siehartskirchen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 6.) Kostenbeitrag an die Caritas, 1. Halbjahr 2003

Der Bürgermeister legt das Ansuchen der Caritas, Diözese St.Pölten, vom 20.09.2003 betreffend einer Subvention zur Hauskrankenhilfe für das 1. Halbjahr 2003 vor.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Bezahlung der Subvention zur Hauskrankenhilfe , 1. Halbjahr 2003, in Höhe von € 1.176,00 für insgesamt 784 Einsatzstunden beschliessen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 7.) Übernahme der Zustellkosten für "Essen auf Rädern"

Der Bürgermeister legt das Schreiben des NÖ Hilfswerkes, Bezirksstelle Atzenbrugg, vom 10.10.2003 um Bezahlung der Zustellkosten für "Essen auf Rädern" von Juli bis September 2003 vor.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Bezahlung der Zustellkosten für "Essen auf Rädern" von Juli bis September 2003 in Höhe von € 425,78 beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 8.) Beitritt zum Verein "SCHREIBS RAUS!"

Der Bürgermeister legt das Schreiben des Vereines "SCHREIBS RAUS!" sowie die "Betriebs-Vereinbarung" vom 18.09.03 vor.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den Beitritt zum Verein "SCHREIBS RAUS!" sowie die dazu nötige Unterfertigung der "Betriebs-Vereinbarung" beschließen.

Weiters möge der Gemeinderat die Bezahlung der pro Jahr anfallenden Kosten in Höhe von derzeit € 539,00 beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen, jedoch soll die Vereinbarung vorerst nur für 1 Jahr gemacht werden.

Abstimmungsergebnis: 16 dafür
1 dagegen (GR Högl)

Tagesordnung

- Punkt:** 9.) Beschlussfassung wegen Entsendung eines Vertreters in die Schulausschüsse der Hauptschulgemeinde Atzenbrugg und Sonderschulgemeinde Sieghartskirchen - Ollern

Der Bürgermeister berichtet, dass aufgrund des Ausscheidens von Herrn ÖK.Rat Leopold Jäger als Bürgermeister die Entsendung eines neuen Vertreters in den Schulausschuss der Hauptschulgemeinde Atzenbrugg sowie Sonderschulgemeinde Sieghartskirchen-Ollern notwendig ist.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge Herrn Bgm. Labg. Rudolf Friewald als neuen Vertreter in die Schulausschüsse der Hauptschulgemeinde Atzenbrugg sowie der Sonderschulgemeinde Sieghartskirchen-Ollern entsenden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 10.) Auftragsvergabe - Rekultivierung Windschutzgürtel Pixendorf

Der Bürgermeister legt die Angebote nachstehender Firmen vor (als Richtwert wurden die Bäume des Windschutzgürtel von den Gemeindearbeitern gezählt und ergab 160 Bäume)

Maschinenring: Pauschale € 14.580,00 exkl.MWST

Fa. Leitner: € 95,00/Baum = € 15.200,00 exkl.MWST

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den Auftrag für die Rekultivierung des Windschutzgürtels Pixendorf dem Maschinenring Neulengbach-Tullnerfeld im Betrag von € 14.580,00 exkl.MWST erteilen, da diese Bestbieter ist.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

- Punkt:** 11.) Auftragsvergabe - Baumeisterarbeiten, Schiebetore, Stahlbau, Trapezblech/
Spenglerarbeiten sowie Aussenanlagen - Erweiterung Gemeindesammelzentrum

Der Bürgermeister berichtet, dass die Anbotsausschreibung und die -prüfung durch Bmstr. Michael Ebner erfolgte und nachstehende Bestbieter ergab:

Baumeisterarbeiten	Fa. Ing. Leopold Leitzinger GesmbH	€ 66.196,40 exkl.MWST
Schiebetore:	Fa. Holzbau Kostka GmbH	€ 4.480,00 exkl.MWST
Stahlbau:	Fa. Schinnerl Metallbau GmbH	€ 16.148,00 exkl.MWST
Trapezblech/Spengler:	Fa. Manfred Schneider	€ 7.101,70 exkl.MWST
Aussenanlagen:	Fa. Strabag AG	€ 20.671,70 exkl.MWST

Der Bürgermeister berichtet weiters, dass aufgrund von Mehrarbeiten bezüglich der Außenanlagen von Bmstr.Ebner ein neuer Werkvertrag mit der Fa. Strabag AG im Betrag von € 35.443,00 exkl. MWST anstatt der € 20.671,70 exkl.MWST eingelangt ist.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Aufträge an nachstehende Bestbieter erteilen, sowie die Unterzeichnung der jeweiligen Werkverträge beschließen:

Baumeisterarbeiten: Fa. Leitzinger GesmbH im Betrag von € 66.196,40 exkl.MWST
Schiebetore: Fa.Kostka GmbH im Betrag von € 4.480,00 exkl. MWST
Stahlbau: Fa. Schinnerl GmbH im Betrag von € 16.148,00 exkl. MWST
Trapezblech/Spengler: Fa. Schneider im Betrag von € 7.101,70 exkl. MWST
Aussenanlagen: Fa. Strabag AG im Betrag von € 20.671,70 exkl. MWST

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge den Auftrag betreffend der Aussenanlagen an die Fa. Strabag AG erteilen, sowie die Unterzeichnung des neuen Werkvertrages im Betrag von € 35.443,00 exkl.MWST beschließen.

Beschluss: Die Anträge des Gemeindevorstandes sowie des Bürgermeisters
werden angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 12.) Pachtung eines Lagerplatzes

Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde einen Lagerplatz für die Lagerung von Erdaushub, Humus und ähnlichen Produkten in der Größe von ca. 2.500 m² benötigt. Dieser Platz soll nicht von jedermann zugänglich sein sondern muss eine kontrollierte Zu- und Abfahrt bieten um die Mengenströme nachvollziehen zu können. Der Mengennachweiß für die dort gelagerten Mengen ist nachvollziehbar zu erbringen, da die Gemeinde für etwaige Fremdmengen keine Haftung übernimmt sondern diese Haftung beim Betreiber bzw. Grundeigentümer verbleibt. Der Mengennachweis ist über Lieferscheine bzw. Wiegescheine baustellendefiniert zu erbringen. Hauptsächlich ist gedacht für die eigenen Baustellen der Gemeinde diesen Platz zu nützen, sollte aber auch ev. Die Möglichkeit für Gemeindebürger bestehen, wenn diese dies vorher am Gemeindeamt melden. Auf Grund der doch regen Bautätigkeit ist es notwendig den Platz in der normalen Arbeitszeit kontrolliert zugänglich zu machen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, einen 2.500 m² großen Grundstücksteil bei der Kompostanlage Pixendorf um einen Preis von € 3,00/m² pro Jahr zu pachten.

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge die Ausschreibung über die Pachtung eines den oben genannten Kriterien entsprechenden Lagerplatzes beschließen.

Antrag des GR Högl:

Der Gemeinderat möge den Antrag des Gemeindevorstandes ablehnen sowie die Ausschreibung über die Pachtung eines den oben genannten Kriterien entsprechenden Lagerplatzes beschließen.

Beschluss: Der Antrag des GR Högl wird angenommen

Abstimmungsergebnis: 12 dafür

5 dagegen (Vizebgm.Burchhart, GGR Feichtinger, GGR Sanda,
GR Mayrhofer, GR Wegl)

Tagesordnung

Punkt: 13.) Änderung der Gebührenhaushalte "Müllbeseitigung" sowie "Wohn- und Geschäftsgebäude" in marktbestimmte Betriebe

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Marktgemeinde Michelhausen ab 1. Jänner 2004 ihre Einrichtungen der Abfallwirtschaft sowie die Errichtung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgebäuden jeweils in Form einer betriebsähnlichen Einrichtung, die als Betreib mit marktbestimmter Tätigkeit im Sinne des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) anzusehen ist.

Der Betrieb ist - ebenso wie die übrige Verwaltung - nach den Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen.

Die bisher in den Unterabschnitten 813 und 846 (lt. Ansatzverzeichnis zur VRV) verrechneten Bereiche werden in Abschnitt 85 und zwar in den Unterabschnitten 852-Müll und 853-Wohnungen veranschlagt und verrechnet, sodass dadurch dem Kriterium der "vollständigen Rechnungsführung" im Sinne des ESVG grundsätzlich entsprochen wird.

Aufgabe der Betriebe ist die Organisation und Durchführung der Abfallentsorgung sowie die Verwaltung des Wohn- und Geschäftsgebäudebestandes der Marktgemeinde Michelhausen.

Die Betriebe mit marktbestimmten Tätigkeiten werden vom Betriebsleiter geleitet und besitzen eine organisatorische Selbständigkeit. Der Betriebsleiter besorgt die laufende Verwaltung dieses Betriebes. Die Aufsicht dieser Betriebe sowie die Festsetzung der Abgabensätze obliegen dem nach der NÖ Gemeindeordnung 1973 (Stadtrechte) zuständigen Organ.

Als Betriebsleiter wird bis auf weiteres der Bürgermeister eingesetzt.

Dem Betriebsleiter obliegen insbesondere

- 1.) die Aufstellung sämtlicher fachlicher und wirtschaftlicher Planungen sowie die rechtzeitige Antragstellung hinsichtlich aller grundsätzlichen Maßnahmen, die zur Erreichung des Zieles und zur erfolgsorientierten Betriebsführung und Gebarungsabwicklung notwendig sind
- 2.) die Erstellung des Entwurfes des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses, weiters der Gebührenkalkulation und der Vermögens- und Schuldenrechnung sowie deren rechtzeitige Vorlage an die zuständigen Organe (ein Kostendeckungsgrad von über 50 % im Sinne der Bestimmungen des europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung-ESVG ist jedenfalls zu erreichen)
- 3.) die Erstellung der mindestens jährlich zu legenden Berichte über Einnahmen und Ausgaben mit Entwicklung des Aktivvermögens und der Schulden sowie über die Personalentwicklung.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 14.) Erhöhung Kindergarten-Elternbeiträge

Der Bürgermeister berichtet, dass die Leiterinnen der beiden Kindergärten mit dem Ersuchen herangetreten sind, die Kindergarten-Elternbeiträge zu erhöhen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Erhöhung der Kindergarten-Elternbeiträge ab 1.1.2004 auf € 10,00/Monat beschließen. Für Geschwister welche gleichzeitig den Kindergarten besuchen möge ab dem 2. Kind der halbe Betrag eingehoben werden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnung

Punkt: 15.) Änderung der Friedhofsgebührenordnung

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Änderung der Friedhofsgebührenordnung auf folgende Beträge beschließen:

Grabstellengebühr:

Reihengräber	€ 100,00
Familiengräber zur Beerdigung bis zu 2 Leichen	€ 100,00
Familiengräber zur Beerdigung bis zu 4 Leichen	€ 200,00
Grüfte zur Beisetzung bis zu 3 Leichen	€ 500,00
Grüfte zur Beisetzung bis zu 6 Leichen	€ 1.000,00

Beerdigungsgebühr:

Erdgrabstellen, Grüfte sowie blinde Grüfte	€ 200,00
--	----------

Leichenhallenbenützung:

pro angefangenem Tag	€ 15,00
----------------------	---------

Beistellung einer Reservegrabstelle:

Erdgräber für jeden Monat	€ 20,00
Grüfte für jeden Monat	€ 40,00

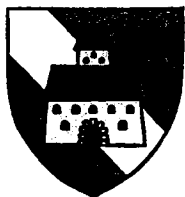
Gebühren für Grabdenkmäler:

Aufstellung eines einfachen Kreuzes bzw. Anbringung einer Tafel an der Friedhofsmauer	€ 10,00
Aufstellung Grabdenkmal:	
bis 2 m Höhe und 2 m Breite	€ 15,00
bis 3 m Höhe und 3 m Breite	€ 25,00
Eindachung von blinden Grüften:	€ 50,00
Grabeinfassungen aller Art:	€ 10,00
Anbringung Grabgitter:	€ 20,00

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Die beiliegende Verordnung soll beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig



Marktgemeinde Michelhausen

Bezirk Tulln, Niederösterreich

Telefon 02275/241 5241

Postleitzahl 3451

Telefax 02275/6107 5241-20

817-0/03-Nu

A.-Z.

20.11.2003

Michelhausen, am

Kundmachung

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Michelhausen hat in seiner Sitzung am 20.11.2003 folgende

Friedhofsgebührenordnung für den Friedhof der Marktgemeinde Michelhausen

beschlossen:

§ 1

Arten der Friedhofsgebühren

Für die Benutzung des Gemeindefriedhofes werden eingehoben:

- a) Grabstellengebühren
- b) Erneuerungsgebühren
- c) Beerdigungsgebühren
- d) Enterdigungsgebühren
- e) Gebühren für die Benutzung der Leichenkammer (Leichenhalle) und Gebühren für die Benützung von Reservegrabstellen der Gemeinde
- f) Gebühren für Grabdenkmäler

§ 2

Höhe der Grabstellengebühr

- (1) Die Grabstellengebühr (für die Überlassung des Benützungsrechtes auf 10 Jahre bzw. auf 30 Jahre erstmalig bei Grüften mit der Möglichkeit der Erneuerung wie bei den übrigen Grabstellen) betragen für
 - a) Reihengräber € 100,00
 - b) Familiengräber, und zwar
 - 1. zur Beerdigung bis zu 2 Leichen € 100,00
 - 2. zur Beerdigung bis zu 4 Leichen € 200,00
 - c) Grüfte, und zwar
 - 1. zur Beisetzung bis zu 3 Leichen € 500,00
 - 2. zur Beisetzung bis zu 6 Leichen € 1.000,00
- (2) Für Randgräber erhöhen sich die im Abs. 1 vorgesehenen Gebühren um 5 v.H., für Eckgräber und Grabstellen an der Friedhofsmauer um 10 v.H. des jeweiligen Gebührensatzes.
- (3) Bei Reihengräbern beträgt die Grabstellengebühr für Leichen von Kindern bis zu 10 Jahren die Hälfte der im Abs. 1 festgesetzten Gebühren.

§ 3

Höhe der Erneuerungsgebühr

- (1) Für Erdgrabstellen wird die Erneuerungsgebühr (für die weitere Erneuerung des Benützungsrechtes auf jeweils 10 Jahre) mit dem gleichen Betrag festgesetzt, der für solche Gräber als Grabstellengebühr zu entrichten ist.
- (2) Für Grüfte wird die Erneuerungsgebühr (für die weitere Erneuerung des Benützungsrechtes auf jeweils 10 Jahre) mit einem Drittel des Betrages festgesetzt, der für solche Gräber als Grabstellengebühr zu entrichten ist.

§ 4

Höhe der Beerdigungsgebühr

Die Beerdigungsgebühr beträgt bei:

- | | |
|--------------------|----------|
| a) Erdgrabstellen | € 200,00 |
| b) Grüften | € 200,00 |
| c) blinden Grüften | € 200,00 |

§ 5

Enterdigungsgebühr

Die Enterdigungsgebühr (für die Enterdigung -Exhumierung- einer Leiche) beträgt das Zweieinviertelfache der jeweiligen Beerdigungsgebühr.

§ 6

Höhe der Gebühren für die Benützung der Leichenkammer und für die Benützung von Reservegrabstellen der Gemeinde

- (1) Die Gebühr für die Benützung der Leichenkammer/n (Leichenhalle/n) beträgt für jeden angefangenen Tag € 15,00
- (2) Die Gebühr für die Beistellung einer Reservegrabstelle beträgt
 - a) bei Erdgräbern für jeden Monat € 20,00
 - b) bei Grüften für jeden Monat € 40,00
- (3) Beginnt oder endet die Benützung einer Reservegrabstelle während eines Monats, so ist für diesen Monat nur der verhältnismäßige Teil der im Abs. 2 festgesetzten Gebühr zu entrichten.

§ 7

Gebühren für Grabdenkmäler

Die Gebühren für Grabdenkmäler (für die Bewilligung zur Errichtung) betragen:

- | | |
|--|---------|
| a) für die Aufstellung eines einfachen Kreuzes aus Holz,
Eisen oder Stein oder für das Anbringen einer Tafel an
der Friedhofsmauer | € 10,00 |
| b) das Aufstellen eines Denkmals, und zwar | |
| 1. bis zu 2 m Höhe und 2 m Breite | € 15,00 |
| 2. bis zu 3 m Höhe und 3 m Breite | € 25,00 |
| c) die Eindachung von blinden Gräften | € 50,00 |
| d) Grabeinfassungen aller Art | € 10,00 |
| e) das Anbringen eines Grabgitters | € 20,00 |

§ 8

Benützungsgebühren für Auswärtige

Für Auswärtige erhöhen sich die jeweiligen Gebührensätze der §§ 2 bis 7 um 50 v.H.

§ 9

Schluss- und Übergangsbestimmungen

Diese Friedhofsgebührenordnung wird mit dem Monatsersten rechtswirksam, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgt.

angeschlagen: 1.12.2003

abgenommen: 16.12.2003

Der Bürgermeister
Labg. Rudolf Friewald

Tagesordnung

Punkt: 16.) Änderung der Wasserabgabenordnung

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Änderung der Wasserabgabenordnung auf folgende Beträge beschließen:

Wasseranschlußgebühr:	€	4,00 exkl.MWST
Wasserbezugsgebühr:	€	1,25 exkl.MWST
Bereitstellungsgebühr:	€	10,00 exkl.MWST

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge die Änderung der Wasserabgabenordnung lt.beiliegender Verordnung aufgrund einer zwischenzeitlich vom Amt d.NÖ Landesregierung, Abt.Siedlungswasserwirtschaft, eingelangten Bestätigung über die Berechnungsgrundlagen auf folgende Beträge beschließen:

Wasseranschlußgebühr:	€	3,50 exkl.MWST
Wasserbezugsgebühr:	€	1,25 exkl.MWST
Bereitstellungsgebühr:	€	10,00 exkl.MWST

Beschluss: Der Antrag des Bürgermeisters wird angenommen

Abstimmungsergebnis: 14 dafür
3 gegen die Änderung der Wasserabgabenordnung
(GR Kunesch, GR Forstner, GR Högl)



Marktgemeinde Michelhausen

Bezirk Tulln, Niederösterreich

Telefon 02275/244 5241

Postleitzahl 3451

Telefax 02275/6107 5241-20

810/03-Nu

A.-Z.

Michelhausen, am 20.11.2003

Kundmachung

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Michelhausen hat in seiner Sitzung am 20.11.2003 beschlossen:

WASSERABGABENORDNUNG für die öffentliche Gemeindewasserleitung der Marktgemeinde Michelhausen

§ 1

In der Marktgemeinde Michelhausen werden folgende Wasserversorgungs -abgaben und Wassergebühren erhoben:

- a) Wasseranschlussabgaben
- b) Ergänzungsabgaben
- c) Sonderabgaben
- d) Wasserbezugsgebühren
- e) Bereitstellungsgebühren

§ 2

Wasseranschlussabgabe

- (1) Der Einheitssatz zur Berechnung der Wasseranschlussabgabe für den Anschluss an die öffentliche Gemeindewasserleitung wird gemäß § 6 Abs. 5 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 mit € 3,50 festgesetzt.
- (2) Gemäß § 6 Abs. 5 und 6 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes eine Baukostensumme von € 2.287.041,24 und eine Gesamtlänge des Rohrnetzes von 32.675 lfm zu Grunde gelegt.

§ 3

Ergänzungsabgabe

Bei Änderung der Berechnungsfläche für eine angeschlossene Liegenschaft wird eine Ergänzungsabgabe auf Grund der Bestimmungen des § 7 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 berechnet.

§ 4 Sonderabgabe

- (1) Eine Sonderabgabe gemäß § 8 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 ist zu entrichten, wenn wegen der Zweckbestimmung der auf der anzuschließenden Liegenschaft errichteten Baulichkeit ein über den ortsüblichen Durchschnitt hinausgehender Wasserverbrauch zu erwarten ist und die Gemeindewasserleitung aus diesem Grunde besonders ausgestaltet werden muss.
- (2) Eine Sonderabgabe ist aber auch dann zu entrichten, wenn die auf einer an die Gemeindewasserleitung angeschlossenen Liegenschaft bestehenden Baulichkeiten durch Neu-, Zu- oder Umbau so geändert werden, dass die im Abs. 1 angeführten Voraussetzungen zutreffen.
- (3) Die Sonderabgabe darf den durch die besondere Inanspruchnahme erhöhten Bauaufwand nicht übersteigen.

§ 5 Bereitstellungsgebühren

- (1) Der Bereitstellungsbetrag wird mit € 10,00 pro m³/h festgesetzt.
- (2) Die Bereitstellungsgebühr ist das Produkt der Nennbelastung des Wassermessers (in m³/h) mal dem Bereitstellungsbetrag. Daher beträgt die jährliche Bereitstellungsgebühr:

Wassermesser- Nennbelastung in m ³ /h	Bereitstellungsbetrag in € pro m ³ /h	Bereitstellungsgebühr in € (Spalte 1 mal Spalte 2 = Spalte 3)
3	10,00	30,00
7	10,00	70,00

§ 6 Grundgebühr zur Berechnung der Wasserbezugsgebühr

Die Grundgebühr gemäß § 10 Abs. 5 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 wird für 1 m³ Wasser mit € 1,25 festgesetzt.

§ 7 Ablesungszeitraum Entrichtung der Wasserbezugsgebühr und der Bereitstellungsgebühr

- (1) Die Wasserbezugsgebühr wird auf Grund einer einmaligen Ablesung im Kalenderjahr gemäß § 11 Abs. 1 und 2 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 berechnet. Der Ablesungszeitraum beträgt daher zwölf Monate. Er beginnt am 1. Jänner und endet mit 31. Dezember

- (2) Für die Bezahlung der so berechneten Wasserbezugsgebühr werden zwei Teilzahlungszeiträume wie folgt festgelegt:
- | |
|---------------------------------|
| 1. von 1. Jänner bis 30. Juni |
| 2. von 1. Juli bis 31. Dezember |

Die auf Grund der einmaligen Ablesung festgesetzte Wasserbezugsgebühr wird auf die Teilzahlungszeiträume aufgeteilt. Die einzelnen Teilbeträge sind jeweils am 15. April und 15. Oktober fällig. Im ersten Teilzahlungszeitraum jeden Kalenderjahres erfolgt die Abrechnung der festgesetzten Teilzahlungen mit der auf Grund der Ablesung errechneten Wasserbezugsgebühr und werden die Teilbeträge für die folgenden Teilzahlungszeiträume neu festgesetzt.

- (3) Die jährliche Bereitstellungsgebühr ist in gleichen Teilbeträgen gleichzeitig mit den Teilzahlungen für die Wasserbezugsgebühr zu entrichten.

§ 8

Umsatzsteuer

Zusätzlich zu sämtlichen Abgaben und Gebühren nach dieser Wasserabgabenordnung gelangt die gesetzliche Umsatzsteuer aufgrund des Umsatzsteuergesetzes 1994, in der jeweils geltenden Fassung, zur Verrechnung.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem Monatsersten, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist zunächst folgt, in Kraft. Auf Abgabentatbestände, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung verwirklicht wurden, ist der bisher geltende Abgabensatz anzuwenden.

angeschlagen am: 1.12.2003
abgenommen am: 16.12.2003

Der Bürgermeister
Labg. Rudolf Friewald

Tagesordnung

Punkt: 17.) Verordnung - Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes

Der Bürgermeister legt den Verordnungstextentwurf betreffend die Abänderung des örtlichen Flächenwidmungsplanes in der KG Pixendorf vor und teilt mit, dass diesbezüglich keine Stellungnahmen eingelangt sind.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beiliegende Verordnung beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

E. VERORDNUNGSTEXTENTWURF

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Michelhausen beschließt (nach Erörterung der eingelangten Stellungnahmen) folgende

VERORDNUNG

- § 1: Aufgrund des § 22 Abs. 1 des NÖ-Raumordnungsgesetzes 1976, LGBl. 800 i.d.g.F., wird der Flächenwidmungsplan für die Katastralgemeinde Pixendorf dahingehend abgeändert, daß für die auf der hierzu gehörige Plandarstellung (PZ.: MHAU - FÄ 7 - 10008, verfasst von Dipl.Ing. Karl SIEGL, 117 Wien) rot umrandeten Grundflächen, die auf der Plandarstellung durch rot Signatur dargestellte Widmungsart festgelegt wird.
- § 2: Die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Rathaus während der Amtsstunden zur allgemeine Einsicht auf.
- § 3: Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Betonmerk

DIPL.ING. KARL SIEGL
INGENIEURKONSULENT FÜR RAUMPLANUNG UND RAUMORDNUNG
STAATL. BEF. U. BEEID. ZIVILTECHNIKER

1170 WIEN, GSCHWANDNERGASSE 26/2

Tel: 01 - 39 35 52 Fax: 01 - 489 35 54 Email: raumplanung@siegl.co.at



WIEN, IM AUGUST 2003

DRINGLICHKEITSANTRAG
Tagesordnung

Punkt: 18.) Vereinbarung mit dem Kulturverein Tulln betreffend Veranstaltungen sowie Abhaltung eines jährlichen Bürgermeisterempfanges

Der Bürgermeister legt die Vereinbarung mit dem Kulturverein Tulln betreffend Veranstaltungen 2004 vor.

Weiters berichtet der Bürgermeister, dass jährlich ein Bürgermeisterempfang abgehalten werden soll.

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge die Unterfertigung der vorgelegten Vereinbarung mit dem Kulturverein Tulln, sowie die jährliche Abhaltung eines Bürgermeisterempfanges beschließen.

Beschluss: Der Antrag betreffend der Unterfertigung der Vereinbarung mit dem Kulturverein wird angenommen

Abstimmungsergebnis: 16 dafür
1 dagegen (GR Högl)

Beschluss: Der Antrag betreffend der Abhaltung eines jährlichen Bürgermeisterempfanges wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig